

Referat Hannoversch Münden, 29.08.2015

Referent: Thomas Hagenhofer

Liebe Genossinnen und Genossen,

in Heidenau in Sachsen demonstriert der rechte Mob seine neue Stärke. das ist das Ergebnis der Ermunterung der Nazis durch Äußerungen von Seehofer, De Maiziere und Co. Die ständige Hetze gegen sogenannten Asylmissbrauch und die inszenierten Notlagen in den Unterkünften sind die Steilvorlagen für die Nazis und ihre Mitläufer. Offensichtlich wollen sich CSU und große Teile der CDU auch durch die derzeitige Lage nicht von ihrem Projekt abbringen lassen, die absolute Mehrheit mithilfe der Stammtische zu gewinnen. In der EU findet ein Wettlauf statt: Wer kann Flüchtlinge, die durch die monatelangen Entbehrungen am Ende ihrer Kräfte sind, am effektivsten abschrecken. Ob NATO-Draht-Zäune, Sachmittel oder Schnellverfahren – die Botschaften sind eindeutig. Bleibt besser, wo ihr seid! Das ist die skandalöse heimliche Koalition von Neonazis bis zur Sozialdemokratie. Sie verantworten eine Politik, die das Mittelmeer in einen Friedhof für zehntausende verwandelt. Den Vogel aber hat diese Woche erneut die SPD abgeschossen: Der saarländische EU-Abgeordnete Jo Leinen erklärte: "Die Balkanländer sollten als sichere Herkunftsländer deklariert werden". Ein massenhafter Missbrauch des Asylrechts sei ein Bumerang und schade den wirklich durch Krieg und Diktaturen verfolgten Menschen. Die Grünen müssten in diesem Punkt dringend umdenken und die Blockade in den Bundesländern aufgeben. Zur Erinnerung: Der wollte mal in den 80ern die Republik unregierbar machen. Die SPD schwankt zwischen dem „undeutschen Pack“ von Gabriel (was für ein unsinniger Versuch, die Nazis mit ihrer eigenen Wortwahl zu schlagen) und der Forderung der thüringischen Landesspitze, Kinder von Asylsuchenden von der Schulpflicht zu befreien.

Dem gegenüber steht eine in der jüngeren deutschen Geschichte beispiellose Welle der praktischen Solidarität mit den Flüchtlingen. Offensichtlich ist es derzeit einfacher, Menschen für direkte Hilfsaktionen zu gewinnen als für politische Aktionen. Dies sollten wir genauer untersuchen und daraus auch Schlüsse für unsere Aktionstätigkeit ziehen.

Es grenzt nahezu an ein Wunder, dass sich in Zeiten des stromlinienförmigen Journalismus folgender Kommentar von Georg Restle letzte Woche in die tagesthemen verirrt hat:

"Na endlich: Scheint fast so, als hätten Regierung und Kanzlerin begriffen, dass man den fremdenfeindlichen Exzessen in Deutschland nicht weiter schweigend zuschauen kann. "Abstoßend", "beschämend", eine "Schande für Deutschland". Klingt entschlossen.

Aber wir sollten uns nicht täuschen: Klar, die rechtsextremen Gewalttäter und ihre brav-biedereren Unterstützer sind eine Schande für dieses Land. Die eigentliche Schande aber ist die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik. Eine Flüchtlingspolitik, die die Ursachen für die Flucht von Millionen Menschen nicht bekämpft, sondern sie immer wieder aufs Neue schafft.

Zum Beispiel im Kosovo, wo auch diese Bundesregierung ihr Versprechen gebrochen hat, dem Land nach dem Krieg wieder auf die Beine zu helfen und stattdessen ein hochkorruptes Regime unterstützt, das die Menschen in die Flucht treibt.

Zum Beispiel in Syrien, wo diese Bundesregierung die Politik eines türkischen Präsidenten unterstützt, der islamistische Mörderbanden mit Waffen versorgt. Mörderbanden, vor denen Hunderttausende nach Europa fliehen.

Oder Afrika, wo der deutsche Außenminister einen Pakt mit den schlimmsten Despoten des Kontinents schließen will. Einen Pakt, der verhindern soll, dass politisch Verfolgte ihr Land verlassen können und sie stattdessen ihren Verfolgern ausliefert.

Diese Politik ist eine Schande für dieses Land. Daran müsste etwas geändert werden. Mit kernigen Parolen allein ist jedenfalls niemandem geholfen."

Und genau in diese Zeit fällt nun der größte globale Börsencrash seit 2008, beginnend in den Schwellenländern. Wir sehen eine weltweite Talfahrt angesichts der chinesischen Wachstumsschwäche und der Abwertung der chinesischen Währung, die eine Abwertungsspirale in Gang setzt. Chinas Index für neue Aufträge auf das tiefste Niveau seit März 2009 gefallen. Es wird immer zweifelhafter, ob die Fed in den USA tatsächlich die Zinswende einleiten wird. Das ISW betont seit der Krise von 2008, dass es nach wie vor keinen adäquaten Ersatz gibt für das alte globale Verwertungsmodell zwischen den USA, China und der EU. Schon wieder wird das Wachstum in den USA mit neuen Schulden finanziert. Das chinesische Wachstumsziel von sieben Prozent wurde von der Regierung auf der diesjährigen Tagung des nationalen Volkskongresses als „neue Normalität“ ausgegeben. Es sieht den Übergang zu einem Umwelt und Ressourcen schonenden Wachstumstyp vor, mit systematischer Senkung des Energieverbrauchs pro BIP-Einheit: – ab 2030 soll es keinen CO₂-Mehrverbrauch trotz Wachstums geben. Die jetzigen Überkapazitäten, vor allem im Bereich umweltbelastender Industrien werden abgebaut.

Kein Wunder also, dass sich mittlerweile auch in Deutschland, verstärkt durch die Embargopolitik gegen Russland, die nächste Überproduktionskrise abzeichnet: Der Absatz deutscher Autobauer ging im zweiten Quartal um sechs Prozent zurück. Manche Hersteller senkten nach den Betriebsferien schon mal deutlich die Stückzahlen.

In der Tat haben die Zentralbanken nahezu alles Pulver verschossen, weitere Zinssenkungen gehen nur mit Strafzinsen. Der nächste Finanzcrash wird härter, gerade für Deutschland und er rückt näher. Wir müssen uns darauf vorbereiten, dass sich in den nächsten Jahren mehrere schwelende Krisen sich überlagernd zuspitzen werden.

Die gilt in erhöhtem Maße für die Konflikte zwischen Russland und den NATO-Staaten. Die weltweiten Auseinandersetzungen um globale und regionale Vormachtstellungen, um ökonomische und militärische Herrschaft haben seit letztem Jahr einen neuen Höhepunkt erreicht. Der durch die NATO-Osterweiterung in seinem Machtanspruch eingeschränkte kapitalistische russische Staat wehrt sich gegen den Verlust seiner Weltmachtrolle. Insbesondere die USA treiben diese Konfrontation voran und erhöhen mit ihrer aggressiven Politik die Kriegsgefahr. Die EU-Staaten, allen voran Deutschland und Frankreich, haben sich dieser Linie grundsätzlich angeschlossen, insbesondere durch die einseitige Unterstützung der Regierung in Kiew, versuchen aber im Interesse der exportorientierten Konzerne eigene Wege zu einer Deeskalation der Auseinandersetzung wie in den Verhandlungen von Minsk durchzusetzen.

Die Neuaufgabe eines kalten Krieges zwischen West und Ost ist eine unmittelbare Gefahr für den Weltfrieden. Diese wird durch die Tatsache verstärkt, dass in dieser Auseinandersetzung auf staatlicher Seite nur imperialistische Staaten agieren, die allein den Profiten ihres Kapitals und nicht den Interessen der Menschen verpflichtet sind. Die Gefahr einer direkten militärischen Auseinandersetzung ist real, auch wenn der Westen den Regime change in Moskau natürlich lieber durch ökonomischen Druck erreichen will. Nach und nach scheint es auch Obama und Merkel zu dämmern, mit welchen Kräften sie sich da in Kiew eingelassen haben. Mittlerweile sind offensichtlich schon Gipfeltreffen notwendig, um Poroschenko und seine Verbündeten inklusive der Faschisten auf Linie zu bringen.

Die Friedensbewegung kann trotz dieser Entwicklung aus unterschiedlichen Gründen derzeit keine Massenbasis erlangen. Zum einen sind die Strukturen geschwächt, die Akteure häufig im Rentenalter oder kurz davor. Zum anderen hat die Medienhetze gegen Russland viele verunsichert, klar Position gegen die Hauptverursacher der Konfrontation zu beziehen. Dies wurde noch durch die kurzzeitige Zusammenarbeit von Teilen der Friedensbewegung mit Kräften der politisch gegenüber rechten Kräften indifferenten Montagsmahnwachen verstärkt. Dennoch gibt es eine überwältigende Mehrheit, die sich gegen jede Beteiligung Deutschlands in militärische Konflikte aussprechen. Dies muss die Basis sein, um mit neuen Initiativen z. B. gegen Kampfdrohnen neue Kräfte in die Aktionen einzubeziehen. Der Zusammenhang zwischen Kriegspolitik, Waffenexporte und Flucht wird zudem ein wichtiges Thema der Friedensbewegung werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie recht wir hatten, die heutige Krise als „große Krise“ zu klassifizieren, zeigt sich nun in diesen Sommermonaten 2015. Kriege, Umweltkatastrophen, Vertreibung, Flucht, Not, Kaputtsparen und Entmündigung ganzer Staaten und Regionen stehen für eine durch den Imperialismus der westlichen Industriestaaten und ihre Politik zur Machtausdehnung der transnationalen Konzerne aus den Fugen geratende Welt. Wie im 20. Jahrhundert werden Nationalismus und Rassismus geschürt, um von den wahren Ursachen der Krisen abzulenken und die Arbeiterklasse gegen ihre eigenen Interessen zu mobilisieren.

Wir haben es in weiten Teilen der Gesellschaft – national und international - mit reaktionären Entwicklungen zu tun. Der Widerstand ist vorhanden, aber viel zu schwach, um eine andere Politik durchsetzen zu können.

Die Widersprüche sind so gravierend, dass selbst in traditionell konservativen Organisationen wie die katholische Kirche neue Töne hörbar werden. Es ist doch kein Zufall, dass ausgerechnet jetzt dieser Papst ins Amt gekommen ist.

Gleichzeitig wächst angesichts von Klimakatastrophe, TTIP und zig Millionen Flüchtlingen bei vielen die Einsicht, dass es auf dem kapitalistischen Weg keine Lösung geben wird. Von Naomi Klein bis Wecker, der in seinem aktuellen Lied postuliert: „Was wir woll'n ist kein Reförmchen oder höheren Lohn, was wir woll'n ist eine - Revolution!“

Liebe Genossinnen und Genossen,

für Europa wird der 13. Juli 2015 als der Tag in Erinnerung bleiben, an dem eine neue Qualität der zwischenstaatlichen Beziehungen Einzug gehalten hat. Vorbereitet durch die in den letzten Jahren eingeführten Werkzeuge auf EU-Ebene hat die Euro-Gruppe an diesem Tag Griechenland mit dem erpresserischen Druck der Bankenschließungen und der Drohung eines unvorbereiteten Grexits in ein Protektorat verwandelt. Merkel, Schäuble und Gabriel erklären offen, dass keine Regierung eines Euro-Staats das Recht habe, eine andere Politik außer der der Austerität umzusetzen. Das überwältigende OXI des griechischen Volkes ist vom neoliberalen Diktat des Nein in die Knie gezwungen worden und gerade deshalb erhalten Merkel und die Union national steigende Zustimmungswerte in der Bevölkerung. Mit einem Kampagnenjournalismus, der nur noch mit dem der Springer-Presse im Kalten Krieg zu vergleichen ist, haben sie der deutschen Bevölkerung weis gemacht, die OXI-Griechen seien eine Bedrohung ihres sozialen Besitzstandes.

Besonders von der Großen-Koalition aus Berlin wurde ein Kurs der finanziellen Erstickung und Strangulierung Griechenlands bis hin zu einem gezielten Absturz in eine humanitäre Katastrophe im Interesse des Finanzkapitals verfolgt. Ziel war ein „Grexit“ ohne Vorbereitung für Griechenland. Die Pläne waren lange vorbereitet. Es ist nicht auszumalen, welche sozialen und vor allem auch politischen Folgen dies gehabt hätte. Nicht nur für Griechenland. Die Kampfbedingungen für die Gegner der Austeritätspolitik hätten sich nicht verbessert, sondern das Kräfteverhältnis wäre noch dramatischer in Richtung der Herrschenden verschoben worden. Ziel war nicht nur, die griechische Regierung zu erledigen, sondern jeglichem Widerstand den Kampf anzusagen.

Mit dieser besonders reaktionären Variante kamen Schäuble, Merkel und andere Scharfmacher nicht durch. Dieser Durchmarsch wurde verhindert durch das Auftreten der Syriza-Regierung mit der Unterstützung der großen Mehrheit des griechischen Volkes und auch durch andere Regierungskräfte in EU-Europa. Die bisherige relative Geschlossenheit in der Euro-EU hat Risse bekommen. Dennoch konnte Berlin Inhalte diktieren und durchsetzen, um dem griechischen Widerstand und dem damit verbundenen Beispiel für ganz EU-Europa eine Niederlage zu bereiten.

Ob eine linke Regierung nach dem OXI dieses erpresste Ergebnis selbst umsetzen darf, ohne sich zu delegitimieren, das ist die Streitfrage, an der SYRIZA nun zerbrochen ist. Und diejenigen Linken, die jetzt mit Verrat erklären, was eine viel komplexere Geschichte hat, machen es sich natürlich viel zu einfach. Es bleibt zu hoffen, dass die linken Kräfte in Griechenland vor allem den gemeinsamen Gegner nicht aus den Augen

verlieren, gegen den es gemeinsam zu kämpfen gilt. Offensichtlich kommt Tsipras nicht aus der Zwickmühle heraus, in die er durch die erpresserische Politik der Euro-Gruppe geraten ist. Die Gefahr ist real, dass er sich letztlich vor den Karren der europäischen Austeritätspolitik spannen lässt. Der wenige politische Spielraum, der im Rahmen des neuen Hilfsprogramms vorhanden ist, scheint mir nicht ausreichend, um parallel eine andere Politik umzusetzen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Jahr 2015 erlebte neben den oben geschilderten Ereignissen auch einen Höchststand an Streikbeteiligung in Deutschland. Leider beziehen sich diese Streikbewegungen aber kaum auf die Industrie, mehr und mehr zerfällt die Gewerkschaftsbewegung in zwei Teile. In einen Teil, der aufgrund der Sonderrolle Deutschlands derzeit noch im Wesentlichen mit von Warnstreiks unterstützten Verhandlungen, von den Mitgliedern akzeptierte Abschlüsse erreichen kann, insbesondere im Bereich der IG Metall und in einen anderen Teil, der oft mit dem Rücken zur Wand gegen heute schon unzumutbare Arbeitsverhältnisse, Erpressungen durch Outsourcing, Tarifwechsel bzw. tariflose Zustände oder Sparpolitik kämpfen muss. Es liegt in der Natur der Dinge, dass sich der zweite Teil angesichts der gesellschaftlichen Zwänge stärker politisiert und sich dann auch, wie bei den Sozial- und Erziehungsberufen, nicht mehr zufrieden gibt mit den mickrigen Ergebnissen der Verhandlungen oder der Schlichtung. Diese beschriebene sich weiter vertiefende Spaltung der Gewerkschaftsbewegung ist eine große Herausforderung. Sie gefährdet nicht nur den Zusammenhalt des DGB sondern vertieft die Spaltungstendenzen innerhalb der Arbeiterklasse. An dieser Frage verstärkt zu arbeiten, wird eine wichtige Aufgabe linker Kräfte in den kommenden Jahren sein. Aktuell wird es wichtig sein, übergewerkschaftliche Solidarität mit den weiter streikenden Erzieherinnen und Erziehern zu organisieren. Die Gefahr ist groß, dass ihre mutige Entscheidung in einer Niederlage endet, wenn keine breitere Unterstützung aus allen Bereichen der Gesellschaft auf die Beine gestellt wird. Dem folgenden Aufruf von Volker Metzroth auf kommunisten.de ist nur zuzustimmen: „Der Umgang mit den Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsberufen zeugt über weite Strecken von wenig Wertschätzung. Wenig Wertschätzung aber auch für uns, für die Arbeitenden, die Rentner, unsere Kinder und Jugendlichen, die wir immer wieder auf funktionierende Sozial- und Erziehungseinrichtungen angewiesen sind. Zunehmend stellt sich die Frage, wie wir leben wollen. Der Mensch muß vor dem Profit kommen. Wenn wir jetzt solidarisch sind, die Beschäftigten aller Erziehungs- und Sozialbereich unterstützen, tun wir vor allem uns selbst etwas Gutes!“

Kabinettt und Kapital reagieren auf die neue Streikbereitschaft von Gewerkschaften und ihrer Mitglieder mit einem konzertierten Angriff auf das Streikrecht. Das im Geschwindmarsch durchgepeitschte Gesetz zur Tarifeinheit soll aber nur der Einstieg sein in weitergehende Wünsche der Unternehmer: verpflichtende Fristen für Streikankündigungen, Zwang zur Schlichtung und Notdienste im Bereich der Daseinsfürsorge (Nebenbemerkung: Hier wird auf einmal die besondere Bedeutung anerkannt, gleichzeitig soll dieser Bereich weiter privatisiert werden). An mancher Wunschliste der Unternehmerverbände wird deutlich, dass sie auch gerne dieselben Einschnitte gegen die Arbeiterklasse politisch durchgesetzt sähen wie in den südeuropäischen Ländern. Auch deshalb ist der gemeinsame Kampf gegen die Diktate von EU, EZB und IWF so wichtig. Schon wird von den Arbeitgeberverbänden über einer nachlassenden Wirkung der Agenda 2010 fantasiert und ein neuer Schwung für arbeitnehmerfeindliche Reformen gefordert. Zumindest soll nach Mindestlöhnen und Rentenerleichterungen für einige wenige Schluss sein mit allen profitmindernden Maßnahmen.

Zu einer der wichtigsten Forderungen in diesem Zusammenhang gehört die schnelle Durchsetzung des Freihandelsabkommens TTIP. Das transnationale Finanzkapital will schnell Pflöcke einrammen angesichts der wachsenden ökonomischen und politischen Unsicherheiten. Und wieder ist die SPD an vorderster Front mit im Boot. Kein Wunder, dass die Befürworter einer Regierungsbeteiligung innerhalb der PDL in den letzten Monaten merklich leiser geworden sind. Jetzt gilt es, die Großdemo gegen TTIP am 10. Oktober in Berlin zu einem unüberhörbaren Signal gegen das Freihandelsabkommen und gegen neoliberale Politik zu machen. Wir brauchen dringend eine Reaktion der fortschrittlichen Kräfte in Deutschland auf das Scheitern des OXI auf der Straße!

Liebe Genossinnen und Genossen,

Mit diesen Vorgängen, insbesondere auf europäischer Ebene, sind viele Fragen verbunden: Was bedeutet diese Entwicklung für unsere Strategie und Taktik gesellschaftlicher Veränderungen? Was für die Dialektik von nationalem und internationalem Kampf? Kann Deutschland die durch ihre zuspitzende Politik auftretenden Widersprüche weiter beherrschen oder war das sogar ein Pyrrhussieg? Wie werden die traditionellen sozialdemokratischen/sozialistischen Kräfte auf diese Demaskierung der EU reagieren?

Innerhalb aller linken Organisationen ist eine Debatte über diese Fragen losgebrochen. Dabei schwanken die Positionen zwischen zwei Extremen. Einerseits wird die Niederlage von SYRIZA negiert sondern als erzwungener Kompromiss eingestuft, nicht überraschend insbesondere von dem Teil der PDL, die bei den nächsten Wahlen auf Gedeih und Verderb Rot-Rot-Grün anstreben. Andererseits wird von linken Kräften, auch international, die Losung erhoben, der Austritt aus dem Euro bzw. seine Abschaffung sei eine notwendige Voraussetzung für jeden gesellschaftlichen Fortschritt.

Sicher werden wir heute diese Fragen nicht endgültig beantworten können, manches wird sich auch erst entwickeln müssen. Dennoch ist uns klar, dass sich hier große Veränderungen abzeichnen, die auch Einfluss auf die Programmatik kommunistischer Parteien haben muss. Daher will ich versuchen, auch ein paar Antworten zu formulieren.

1) Zum Charakter der EU

So dramatisch die Situation für die griechische Bevölkerung ist, so lehrreich sind die Äußerungen der griechischen Verhandlungsseite, insbesondere natürlich die von Varoufakis. Die sogenannte Euro-Gruppe trägt deutlich die Handschrift der Bundesregierung, Schäuble konnte zwar keinen Grexit durchsetzen, verhindert aber jeden alternativen Politikansatz. Dies hängt sicher auch mit dem durch die Krise gewachsenen ökonomischen Übergewicht Deutschlands zusammen. Nachdem Deutschland durch die von Billiglöhnen angetriebene Exportwalze gestärkt aus der Krise kam, wie es Merkel versprochen oder gedroht hatte, soll am deutschen Wesen jetzt Europa genesen. Der Unterschied zum vergangenen Jahrhundert ist der, dass dies nicht nur im Interesse des deutschen Kapitals geschieht sondern quasi im Wettlauf der Nationen und Regionen um die besten Verwertungsbedingungen des transnationalen Kapitals. Das ist der eigentliche Grund, warum die anderen europäischen Regierungen nicht intervenieren. Sie erhoffen sich ebenfalls ein möglichst großes Stück vom griechischen Privatisierungskuchen, wollen Ansteckungsgefahren in Richtung eines Politikwechsels verhindern und lassen Merkel und Schäuble die Ausputzer spielen. Gleichzeitig sind Bestrebungen im Gange, das Konzept des sogenannten Kerneuropas auch strukturell zu verankern. Ergebnis wäre die politische Manifestation dessen, was sich bereits ökonomisch durchsetzt: Deutschland, Frankreich, Niederlande, Österreich und noch ein paar andere als supranationale Staatengemeinschaft inklusive gemeinsamer Wirtschaftsregierung mit einem losen Verbund von abhängigen Satellitenstaaten und mit Großbritannien in einer Sonderrolle darum herum. Dies würde bedeuten, dass die Herrschenden ihr Projekt der großen europäischen Lösung aufgeben und damit unterstreichen, was KommunistInnen von je her formuliert haben: Ein Vereinigtes Europa auf kapitalistischer Grundlage wird nicht funktionieren. Das bedeutet aber zugleich, dass wir deutlich machen müssen, dass es ein alternatives Modell zu dieser kapitalistischen Zwangsjacke genannt EU geben kann, dass wer die europäische Integration im Sinne von Völkerverständigung retten will, sich vom Neoliberalismus verabschieden muss. Ob man dabei von Neugründung, Umwälzung oder Transformation spricht, ist fast zweitrangig. Eines scheint mir aber klar: Wenn linke Kräfte als fortschrittliche Alternative zur EU ein Zurück zu den Nationalstaaten fordern, werden sie die Menschen nicht erreichen. Ich komme aus einer Region, in der sich gerade junge Menschen überhaupt nicht mehr vorstellen können, wie das Leben mit Grenzen vonstattengeht. Zehntausende Pendler arbeiten in der SaarLorLux-Region in den Nachbarländern. Sie werden sich nicht für nationalstaatliche Lösungen unter der Losung „Raus aus der EU“ oder „Raus aus dem Euro“ begeistern.

Der kalte Staatsstreich gegen die griechische Regierung bietet aber auch neue Chancen, unter Linken die Illusionen zum Charakter der EU zu überwinden.

Beispielhaft sei Sahra Wagenknecht zitiert: „Alles deutet darauf hin, dass es immer mehr Integrationschritte gibt, die jede nationale Souveränität erledigen. Wenn in Zukunft die Haushalts- und sogar die Lohnpolitik in den Mitgliedstaaten von EU-Technokraten gesteuert werden soll, dann gibt es letztlich keinen Raum mehr für demokratische Entscheidungen, und die Ergebnisse von Wahlen werden so irrelevant, wie wir das gerade in Griechenland erleben.“ Ähnliches hört man aus dem Umfeld von attac.

2) Zu unserer Strategie und Taktik

Hier will ich auf den Beitrag von Artur Moses verweisen, der aus meiner Sicht wichtige Punkte aufgeworfen hat. Zitat: „Das Ergebnis (vom 13. Juli) zeigt aber mit aller Deutlichkeit, mit welchem potenten Gegner es die Gegner der Austeritätspolitik zu tun haben. Welche Macht und welche Möglichkeiten er hat. Immer dringlicher wird die Frage aufgeworfen, mit welcher Strategie und Taktik gegen diesen Gegner gekämpft werden muss und erfolgreich gekämpft werden kann. Das Ergebnis zeigt wie in einem Brennglas, dass die EU eine Klassenkampfebene mit qualitativ neuen und immensen Herausforderungen geworden ist.

Dies zu analysieren und entsprechende Antworten zu finden, ist nicht nur eine Aufgabe der gesamten Linken, sondern auch für die kommunistischen Parteien, auch für die DKP.

Im Kern geht es um die Frage: Nehmen wir die Herausforderungen auf dieser Ebene an oder nicht. Zugespielt: Beantworten wir diese Herausforderungen nur mit dem Herunterbeten der Formel, dass nur mit der Überwindung des Kapitalismus fortschrittliche Veränderungen jetzt zu erreichen sind oder ist es nicht notwendig eine Strategie zur Veränderung des Kräfteverhältnisses und des Öffnens von Wegen zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen zu entwickeln und zu praktizieren.“

Anders gefragt. Wie muss heute in einer hoch integrierten Staatengemeinschaft wie der der Euro-Staaten die Antwort auf die Frage nach dem Weg zu politischer Veränderung lauten? Wenn der einzelstaatliche Weg nicht mehr durchsetzbar ist, dann kann es nur gemeinsam gehen, mit einem gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Gegner. Dies würde bedeuten, dass wir so schnell wie möglich ein Manifest für Europa brauchen, in dem wir das Gesamtinteresse der europäischen Arbeiterklasse formulieren müssen – wohlgemerkt nicht eurozentristisch sondern gerade mit Blick auf die Flüchtlingsdebatte in noch weitergehender internationalen Solidarität. Die Frage, ob wir in diesem Zusammenhang erst den Euro abschaffen müssen, bis Veränderungen durchsetzbar sein werden, halte ich für nicht richtungsweisend. Jedes Euro-Land, das aus dem Euro aussteigen würde, geht unkalkulierbare Risiken ein. Niemand weiß, wie stark die wieder eingeführte nationale Währung an Wert gegenüber dem Euro verlieren würde, 10%, 30%, 60%? Fürwahr ein Festtag für alle Spekulanten! In einer vernetzten Ökonomie ist das kein gangbarer Weg. Das war doch der springende Punkt der Niederlage von SYRIZA. Wenn wir aber das Kräfteverhältnis irgendwann so zu unseren Gunsten geändert haben werden, dass eine Abschaffung des Euro möglich wird, dann brauchen wir ihn nicht mehr abzuschaffen, weil dann eine andere Wirtschaftspolitik durchsetzbar ist. Merkel und Schäuble werden den Euro in jedem Fall mit Zähnen und Klauen verteidigen, er ist der Garant für die ökonomische und politische Vormachtstellung Deutschlands in Europa. Staaten, die in diesem währungspolitischen Zwangskorsett scheitern, und Griechenland wird nicht der letzte sein, werden über kurz oder lang hinaus komplementiert.

Liebe Genossinnen und Genossen,

als ich in den 80er Jahren in die DKP eingetreten bin, war ein Hauptgrund, dass diese Partei in der Lage war, die aktuellen politischen Entwicklungen in attraktiver Weise zu analysieren und daraus eine kluge Politik abgeleitet hat, dass sie Grautöne wahrnahm und um politische Veränderungen kämpfte. In diesen Tagen könnte man an dieser Partei verzweifeln. Da liegen interessante, dramatische Ereignisse auf dem Tisch, wie geschaffen für eine dialektische Analyse durch MarxistInnen und was macht unsere Parteiführung: Sie spricht ex cathedra von Illusionen, denen das griechische Volk hinterhergelaufen sei, von einer Krise des „Reformkommunismus“ und der linken Sozialdemokratie. Es ist unglaublich hochnäsiger. Eine Partei, die in den letzten Jahren immer weiter an Einfluss verliert, deren überregionalen Wahlergebnisse sich im 0,1 %-Bereich bewegen, erklärt einer linken Bewegung die Krise, die gerade in einem Land die Regierung übernommen hatte (nicht die Macht, wie Tsipras

richtig einschätzt), die in Spanien die Bürgermeister in den 5 größten Städten des Landes stellt. Man kann sich nur noch schämen. Anstatt die gemeinsame Diskussion und Aktion zu suchen, wird die griechische Niederlage nicht als die eigene wahrgenommen. Diesen eklatanten Mangel an Solidarität und Klugheit hat es in der Geschichte der DKP noch nicht gegeben.

Und es wird nicht besser werden: Patrik und Hans-Peter proklamieren in ihren jüngst in der uz veröffentlichten Thesen für den politisch schwächsten Leitantrag in der Geschichte der DKP einen Stellenwert ähnlich der Thesen des Hamburger Parteitag. Welche Selbstüberschätzung! Gleichzeitig soll den Mitgliedern die Augen verkleistert werden. Wie alle Revisionisten erklären sie, das gültige Parteiprogramm nicht ändern zu wollen. In Wirklichkeit soll es durch hohle revolutionäre Phrasen quasi eingemauert werden, in der Praxis spielt es längst keine Rolle mehr, auch nicht mehr in der zentralen Bildungsarbeit (siehe das Programm der letzten Grundlagenschulung in der KL-Schule). Mit dem Antrag zur flächendeckenden Kandidatur zu den Bundestagswahlen soll die DKP ganz bewusst gegen die Partei DIE LINKE aufgestellt werden. Abgrenzung statt gemeinsamer Kampf ist das Leitmotiv. Der Weg ins Sektierertum wird begleitet von gesundbeterischen Aussagen zum Zustand der Partei. Man fühlt sich wohl in der Nische der besserwisserischen Buchweisheiten, man macht sich nicht die Finger schmutzig als kämpfender Bestandteil einer widersprüchlichen heterogenen Bewegung gegen den Neoliberalismus und gegen Austeritätspolitik. Deshalb geht man in der Handlungsorientierung gleich auf Nummer sicher: Zwei Punkte-Partei, Frieden und Antifa. Da kann man vermeintlich nichts falsch machen. Eine Bankrotterklärung!

Was tun? Diese Frage ist, wie wir alle längst wissen, schwierig zu beantworten. Der Parteitag wird wieder eine Wegmarke sein, an der viele Genossinnen und Genossen aus nachvollziehbarer Enttäuschung die Partei verlassen oder sich zurückziehen werden, andere werden sich in deutlicher Ablehnung der Beschlüsse des Parteitags bewegen müssen und versuchen, ihre Politik auf Grundlage des Programms in den vorhandenen Strukturen weiter zu entwickeln. Wir müssen meiner Meinung nach die Frage beantworten, wie sich kommunistische Politik und Programmatik in Deutschland weiter entwickeln kann. Weder die DKP noch die marxistische linke als Ganzes sind dafür derzeit geeignet, weil erstere in Stagnation verfällt und letztere einen anderen Charakter hat, sie ist ja eine Vernetzungsstruktur. Also sind Vorschläge gefragt, wie wir unter den heutigen Bedingungen weiter bundesweit kommunistische Politik entwickeln können.

Zum einen sollten wir die vor zehn Monaten erarbeiteten „Positionen zum Leitantrag“ aktualisieren und weiter entwickeln. Wir benötigen eine gemeinsame inhaltliche Diskussionsgrundlage auf dem Boden des Parteiprogramms. Zum anderen müssen wir die Frage beantworten, wie wir weiter in dieser DKP und um diese Partei kämpfen können. Das wird sicher unterschiedlich aussehen, je nach Kräfteverhältnis vor Ort.

Ich rate davon ab, den kommenden Parteitag der DKP bei allen Gefahren und Schwierigkeiten als einen gewissen "Endpunkt" in der Entwicklung der DKP zu betrachten und nur aus solch einer Einschätzung heraus Schlussfolgerungen zu ziehen.

Hier ist nicht nur Klugheit gefragt, sondern vor allem ein inhaltliches Konzept, eine strategische und taktische Orientierung, die realistisch ist. Und auch ein langer Atem. Es geht auch immer um eine Basis, um den möglichst großen Resonanzboden für unsere politischen Schlussfolgerungen. Wo ist dieser? Wie und durch was entsteht er? Welche Rolle spielt die kommunistische Partei dabei? Ohne eine solche wird es jedenfalls nicht gehen.

Glück auf!